

Niedersächsischer Landtag – 16. Wahlperiode Drucksache 16-50

Auszug aus den Mündlichen Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages

Hannover, den 02.04.2008

Abgeordnete Marcus Bosse, Markus Brinkmann, Marco Brunotte, Ulla Groskurt, Stefan Klein, Matthias Möhle, Uwe Schwarz, Petra Tiemann, Ulrich Watermann (SPD)

Kostenwettbewerb auf dem Rücken schwer kranker Menschen: Welche Konsequenzen hat die öffentliche Ausschreibung der Hilfsmittelversorgung für Pflegebedürftige in Niedersachsen?

Im Rahmen der Gesundheitsreform 2007 wurde den Krankenkassen über § 127 SGB V die Möglichkeit gegeben, die Versorgung mit Hilfsmitteln öffentlich auszuschreiben, soweit dies zur Gewährleistung einer wirtschaftlichen und in der Qualität gesicherten Versorgung zweckmäßig ist. Einige Krankenkassen haben daraufhin in mehreren Bundesländern ihre Verträge mit stationären Pflegeeinrichtungen zur Versorgung mit Inkontinenzprodukten gekündigt. In Niedersachsen hat das u. a. die AOK getan. Diese Regelung gilt seit 1. Oktober 2008. Aus Teilen Niedersachsens gibt es mittlerweile massive Kritik an dieser veränderten Versorgungspraxis. Die Rede ist von mangelhafter Qualität, Rationierung der Hygieneartikel, schlechten Lieferbedingungen mit einer Überforderung der Lagerkapazitäten der Pflegeheime, ungenügender Beratung und damit insgesamt einhergehend von (schwerwiegenden) gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen.

Wir fragen deshalb die Landesregierung:

1. Welche Erfahrungen und Folgen durch die neugeregelte Inkontinenzversorgung bei der AOK Niedersachsen sind der Landesregierung bisher bekannt geworden?
2. Wo sieht die Landesregierung durch die bekannt gewordenen Erfahrungen Handlungsbedarfe?
3. Inwieweit setzt sich die Landesregierung für eine Verbesserung der Situation der Betroffenen ein?